

in Postkassette -
buchnet? Kan

EINGEGANGEN

29. Sep. 2017

OK zw ✓

jelinski
rechtsanwalt.

RA Christian Jelinski | Königstraße 30 | 30175 Hannover

Einwurf-Einschreiben

Stadt Laatzen
- Der Bürgermeister -
Marktplatz 13

30880 Laatzen

Christian Jelinski

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Fachanwalt für Verkehrsrecht

Königstraße 30
30175 Hannover
Gerichtsfach 405

Telefon: 0511.38892638

Fax: 0511.3886831

kanzlei@rechtsanwalt-jelinski.de

149/17C01

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

28.09.17 cj/fu

Petition gem. § 34 NKomVG

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich habe die anwaltliche Vertretung von Herrn Dr. Imre Lebovits, Budapest, übernommen. Die Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert.

Mein Mandant wendet sich mit der nachfolgenden Petition an den Rat der Stadt Laatzen, um zu erreichen, dass seine Verwandten, Shoahüberlebende aus verschiedenen Ländern, wieder traumfrei nach Laatzen zu ihren Verwandten reisen können. Die vielen faschistisch und antisemitisch konnotierten Ereignisse der letzten fünf Jahre in Laatzen haben bei den Betroffenen, den Verwandten des Petenten, erhebliche psychische Belastungen verursacht und nicht unerheblich dadurch gesteigert, weil die Stadt Laatzen die faschistisch und antisemitisch konnotierten Ereignisse und Angriffe unkommentiert gelassen hat und im Juni 2017 auch nicht bereit war, den Erklärungen gegen den Antisemitismus des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen Landtages zuzustimmen.

Der Petent wird in einer ungarischen Publikation wie folgt vorgestellt:

"Bei der Besetzung Ungarns war Imre Lebovits 15 Jahre alt. Vater und Bruder wurden in ein Arbeitslager verschleppt und kehrten nie zurück. Er und seine Mutter kamen in das Ghetto Tiszafüred, wo er Zwangsarbeit leisten musste. Seine Mutter wurde in Auschwitz ermordet. Er überlebte den Todesmarsch durch die Alpen nach Mauthausen und wurde dort 1945 befreit.

Imre ist Direktor im Ruhestand der Zentralbibliothek der Technischen Universität. Er lebt mit seiner Familie in Budapest und setzt sich für die moralische und finanzielle Anerkennung von ungarischen Bürgern ein, die Juden während der Shoah gerettet haben."

Der Petent ist als Nebenkläger und Zeuge in beiden Auschwitzprozessen in Lüneburg 2016 und in Detmold 2016 aufgetreten. Seine Berichte sind in deutschen Medien umfassend wiedergegeben worden. U.a.:

"

Holocaust-Opfer Imre Lebovits schildert der LZ seine Erlebnisse

Mit seiner Frau und seinem Anwalt besucht er die LZ-Redaktion und berichtet im Gespräch von seinen Erlebnissen

Detmold. Imre Lebovits ist ein agiler Mann mit wachen Augen. Wenn er einmal zu reden beginnt, ist er kaum zu stoppen. Mit seiner Ehefrau Eva und seinem Anwalt Dr. Donat Ebert ist er zum Besuch in die Redaktion der Lippischen Landes-Zeitung nach Detmold gekommen. Lebovits, der 70 seiner 80 engsten Verwandten im Vernichtungslager Auschwitz verlor, ist aus seiner Heimat Budapest nach Detmold gereist, weil er im SS-Prozess gegen Reinhold Hanning aussagen will. Er spricht nur ungarisch, sein Anwalt übersetzt im LZ-Gespräch. Und muss ihn immer wieder bremsen. Denn der 87-jährige ehemalige Universitäts-Dozent hat viel zu sagen. Er hatte Glück: Kurz bevor die Familie und rund 700 weitere Juden aus der Region am 8. Juni 1944 ins Vernichtungslager deportiert wurden, rettete ihm ein ungarischer Hauptmann das Leben. Er selektierte den damals 15-Jährigen zusammen mit vielen anderen jungen Menschen zur Zwangsarbeit in der ungarischen Armee. Dort war er an der Ostfront eingesetzt, baute Straßen und Schutzwälle: "Es war eigentlich erträglich", sagt er. Doch dann rückte im Dezember 1944 die Rote Armee vor. "Wir wurden mit 80 Juden in einen Waggon gesperrt und ins Burgenland transportiert", erinnert sich Lebovits. In einem Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen landet er schließlich - 750 Menschen hätten dort unter schlimmsten Bedingungen gelebt: "Es gab rohe Rüben als Verpflegung, und dann brach Flecktyphus aus."

Die Grausamkeit der Nazis waren dort an der Tagesordnung: „Der Lagerkommandant hat einen Jungen angesprochen, der in meinem Alter war: Er sagte: ‚Du bist aber ein hübscher Judenjunge.‘ Dann hat er einen Stock genommen und ihn totgeschlagen." Lebovits selbst, der auch an Fleck-Typhus erkrankte, überlebte, weil ihn seine Mithäftlinge versteckten und ihm der Zählappell erspart blieb. Die SS-Männer hätten die Kranken auf dem Appellplatz gezwungen, sich in den Schnee zu legen, „damit das Fieber verschwindet" - ihr Todesurteil. "Von den 750 überlebten gerade einmal 150", erzählt er.

Der 87-Jährige verschweigt nicht, dass die Ungarn willige Helfer der Nazis waren. Als die Deutschen in Ungarn im März 1944 einmarschierten, machte er gerade eine Kürschner-Lehre in Budapest. Sein Lehrbetrieb wurde geschlossen, er kehrte zu seinen Eltern aufs Land zurück. Am 8. Mai hätte seine Familie die Wohnung verlassen und in eine alte Ziegelfabrik ziehen müssen, das fortan als Ghetto diente. Ungarische Fahndungsbeamte hätten die Juden dort gefoltert, um zu erfahren, wo sie Geld und Schmuck versteckt hatten, hätten Hebammen geholt, die nachschauen mussten, ob die Frauen etwas in ihrem Unterleib verbargen.

Dennoch seien die ungarischen Juden arglos gewesen und hätten gedacht, dass ihnen nichts passieren würde. Zum Beweis zitiert er aus einem Brief seiner Mutter an seinen sechs Jahre älteren Bruder, der im Arbeitsdienst war: „Unser Schicksal ist zwar entschieden worden, aber wir müssen nicht weg, wir müssen nur in die Ziegelei ziehen.“ Was sie nicht wusste: Genau einen Monat später wurde die Familie nach Auschwitz deportiert. „Unser Ortsvorsteher war ein Antisemit. Er hielt am Bahnhof eine Rede und rief: ‚Auf Wiedersehen als Dünger‘“, erzählt Lebovits. Seine Mutter, ihre Geschwister, Nichten und Neffen wurden direkt von der Rampe ins Gas geschickt. Sein Vater wurde zum Arbeitsdienst selektiert. Wie er in Auschwitz umkam, hat Imre Lebovits nie erfahren.

Als Imre Lebovits nach dem Krieg nach Hause zurückkehrte, traf er auch einige wenige KZ-Überlebende. Zwei Schwestern, die zwei Tage lang nackt in der Gaskammer standen, und doch nicht vergast wurden - weil gerade das Rote Kreuz zur Kontrolle kam. Auch ein Mädchen in seinem Alter, das schon in der Gaskammer stand: "Sie hatte Glück, weil sie nah am Eingang stand. Ein SS-Mann kam und holte sie und vier andere wieder raus - sie wurden zum Arbeitseinsatz gebraucht." - „Ich könnte noch viele Sachen erzählen“, sagt Imre Lebovits.

Die Juden seien zwischen 1920 und 1945 erst entrechtet und dann in den Tod geschickt worden. Quasi die ganze jüdische Landbevölkerung von Ungarn sei innerhalb von wenigen Wochen liquidiert worden. „Und der Hauptschuldige war Reichsverweser Miklós Horthy, der sagte, er gewähre in der Judenfrage freie Hand und mische sich nicht ein.“ Und die vielen, vielen willigen ungarischen Helfer dazu: "Ich will die Nazi-Verbrechen nicht beschönigen. Aber als Hitler Eichmann anrief, um zu fragen, ob er Hilfe für die Ungarn-Aktion brauche, hat der geantwortet, er brauche keine Hilfe, weil die Zusammenarbeit mit der Gendarmerie vor Ort so hervorragend laufe."

Imre Lebovits ist ein Mann der deutlichen Worte. Trotz seines Schicksals hegt er keinen Groll gegen die Deutschen, er fürchtete sich auch nicht, nach Deutschland zu kommen.

Über den Holocaust redet er erst seit etwa 20, 25 Jahren. 2007 veröffentlichte er ein Buch unter dem Titel "Judengesetze und Judenretter". Und 2010, als er zum Gedenken an die Reichskristallnacht nach Deutschland eingeladen worden war, besuchte er anschließend auch einige Schulen, um über den Holocaust zu sprechen.

In Deutschland, sagt Lebovits, habe die Politik "ein Klima geschaffen, der Geschichte ins Auge zu sehen".

In Ungarn ist das anders."

Der Petent versteht seine Petition als eine Fortsetzung seiner schon seit vielen Jahren praktizierten Versöhnungstätigkeit.

Frau Staatsministerin Prof. Grütters, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat an den Petenten hierzu kürzlich geschrieben:

"

Sehr geehrter Herr Dr. Lebovits,

für Ihr Schreiben vom 26. April 2017, [...]. dankt Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel Ihnen. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ihre Schilderungen, wonach es Sie mit Deutschland versöhnt habe, dass Ihr Zeugnis im Rahmen des Gerichtsverfahrens in Lüneburg im Jahr 2015 in ganz Deutschland veröffentlicht worden sei, hat Frau Bundeskanzlerin erfreut zur Kenntnis genommen.

Sie leisten als Zeitzeuge einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, indem Sie über das Erlebte sprechen, und zwar sowohl vor Gericht als auch in der Öffentlichkeit. Dafür verdienen Sie besondere Anerkennung.

"

Als Verwandter von Frau Frankl, London, die sich wegen verschiedener antisemitisch ausgeprägter Handlungen schon im Jahre 2014 an den Präsidenten des Deutschen Bundestages wie auch an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages gewandt hat und als Verwandter von Prof. Heller, USA, der sich mehrfach ab dem Jahre 2012 an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel gewandt hat, war der Petent nicht nur wegen der schon benannten Handlungen betroffen, sondern insbesondere zutiefst bestürzt, dass die Totengedenksteine seiner Verwandten, Klára Frankl und Dr. Ernő Frankl, in Auschwitz und Mauthausen ermordet, im Jahre 2016 von einer Totengedenkstätte in der Stadt Laatzten entfernt worden sind, ohne dass hierzu eine öffentliche Verurteilung dieser antisemitischen Hetzhandlung durch die Stadt Laatzten und ihrer politischen Repräsentanten erfolgte.

Die fehlende Stellungnahme der Stadt Laatzten fördert nicht die Versöhnung.

Prof. Heller hatte schon im Schreiben vom 07.04.2017 ausgeführt:

"April 7, 2012

*The Honorable Angela Merkel, Chancellor Willy-Brandt-Str, 1
D-10557 Berlin
Germany*

Dear Chancellor Merkel:

As a Jewish survivor of the Holocaust I have left Europe 65 years ago. In all these years I have observed that Nazism is still alive in many parts of Germany.

The citizens of America as well as us Jews know that you are a staunch opponent of all aspects of Nazism, That is the reason I wish to inform you that, today there are still memorials built by the Nazis, with Nazi symbols and emblems, where various groups of society celebrate dead Nazi soldiers of the Wehrmacht.

As an example such a memorial is part of the memorial of honor in Laatzen/Hanover in Lower Saxony. On the sword in the memorial are the words "TREUE UM TREUE" engraved. These words signify the swearing of fidelity not to Germany, but to Adolf Hitler personally.

It is my sincere hope, dear Chancellor that you would prevent such ceremonies in front of a Nazi emblem, that honor these soldiers of the Wehrmacht who were instrumental in murdering many of my relatives in Nazi occupied Hungary.

A reply to my request would be greatly appreciated. Sincerely yours

Robert A. Heller

F. J. Maher Professor, Emeritus Virginia Polytechnic Institute."

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat hierzu am 05.09.2012 u.a. wie folgt Herrn Prof. Heller geantwortet:

"Das zuständige Referat des Beauftragten für Kultur und Medien hat umgehend nach Ihrem ersten Schreiben mit der landeseigenen Stiftung niedersächsische Gedenkstätten Kontakt aufgenommen. Dort haben zwischen-

zeitlich weitere Gespräche stattgefunden, und die Stiftung hat ihre Bereitschaft signalisiert, die Klärung des weiteren Umgangs mit dem Denkmal in Laatzten durch ihre fachliche und ortsnahe Expertise zu begleiten, wenn dies gewünscht wird."

Die Stadt Laatzten hat einen derartigen Wunsch nicht geäußert.

Das Schweigen der Stadt Laatzten zur anonymen Wegnahme der Totengedenksteine der deportierten und ermordeten Juden steht im Gegensatz zu den Inhalten der Reden der Plenaraussprache zum **Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus** im Deutschen Bundestag vom 21.06.2016 (Deutscher Bundestag - 18. Wahlperiode - 239. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 21.06.2017, S. 2440 ff). Auszugsweise ist aus dieser Plenardebatte zu zitieren:

"1.

Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Antisemitismus ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht hinnehmbar. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Antisemitismus zu bekämpfen, und nicht nur die von Jüdinnen und Juden. Antisemitismus ist ein Problem, das die gesamte Gesellschaft angeht und nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staat, Organisationen, der Zivilgesellschaft und jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger nachhaltig angegangen und bekämpft werden kann. Mit Blick auf die deutsche Geschichte, die Vertreibung und millionenfache Ermordung von deutschen und anderen europäischen Jüdinnen und Juden während der Shoa, aber auch auf die aktuellen Zahlen zu antisemitischen Einstellungen sowie verbaler und tätlicher Gewalt ist es unser aller Verantwortung, Aufgabe und Verpflichtung, gegen Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen entschieden vorzugehen und ihn entschlossen zu bekämpfen.

- Drucksache 18/12784 -

- Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Luise Amtsberg, Marieluise Beck, Katja Dörner, Kai Gehring, Katja Keul, Sven-Christian Kindler, Renate Künast, Irene Mihalic, Özcan Mutlu, Dr. Konstantin von Notz, Corinna Rüffer, Ulle Schauws, Hans-Christian Ströbele, und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

2.

Die Bekämpfung des Antisemitismus in all seinen Facetten ist unstrittig Konsens unter allen demokratischen Kräften in Deutschland, und es ist gut, wenn dies im Übrigen für alle Formen des

Extremismus gilt. Der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus und Extremismus ist eine Selbstverständlichkeit und sollte es auch immer sein. Ja, ich würde sogar so weit gehen, zu sagen: Gerade der Kampf gegen Antisemitismus gehört zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland.

- Dr. Günter Krings -

3.

Antisemitismus ist eine menschenverachtende Ideologie. Sie erniedrigt Menschen nur, weil sie Jüdinnen und Juden sind. Die Nazis trieben sie zum Exzess, zum Völkermord, zum Holocaust. Ein Mahnmal unweit von unserem Parlament erinnert an diese deutsche Schande - zu Recht, zumal der Antisemitismus nicht aus der Welt ist, auch hierzulande nicht. Es gibt ihn am rechten Rand, aber auch inmitten der Gesellschaft. Das wollen und dürfen wir nicht hinnehmen.

- Petra Pau -

4.

Antisemitismus, antisemitische Einstellungen und Überzeugungen sind in unserem Land, im Land der Täter, im Land der planmäßigen Auslöschung jeglichen jüdischen Lebens, noch immer verbreitet. Das hat der aktuelle Bericht des Expertenkreises Antisemitismus noch einmal ganz eindringlich vor Augen geführt.

Er zeigt, dass auch heute, 72 Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur, der Antisemitismus in Deutschland noch nicht überwunden ist. Die meisten von uns spüren das kaum, da sie persönlich nicht betroffen sind. Sie sind nicht Zeuge eines offenkundigen Antisemitismus oder versteckter Andeutungen, vermeintlicher Scherze. Der Antisemitismus liegt oft außerhalb unserer eigenen Erfahrungswelt, und doch ist er allgegenwärtig für Menschen jüdischen Glaubens.

In unserem Land jüdisch zu sein, bedeutet, damit rechnen zu müssen, angepöbelt zu werden, beleidigt, geschmäht zu werden; es bedeutet, schon aufgrund seines Namens damit rechnen zu müssen, unflätige Telefonanrufe und Hass-E-Mails zu erhalten. Und jüdisch zu sein, kann in Deutschland auch bedeuten, in der Schule und unter Jugendlichen ausgegrenzt zu werden, gedemütigt zu werden oder sogar körperlich bedroht zu werden.

Wenn mit antisemitischen Ressentiments politische Stimmung gemacht wird, wenn Menschen beleidigt oder sogar angegriffen werden, , dann darf niemand wegschauen, dann darf niemand schweigen, und dann darf niemand so tun, als wenn Antisemitismus in unserem Land überwunden wäre.

Der Antisemitismus ist eine Kampfansage an uns alle, an unsere Werte, an unsere Demokratie und an unsere Freiheit. Es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Deutschland ein weltoffenes Land bleibt, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie unterschiedlicher religiöser und politischer Überzeugungen friedlich zusammenleben können.

- Dr. hc. Edelgard Bulmahn -

5.

Der Bericht exploriert die jüdische Perspektive auf Antisemitismus. Die subjektive Wahrnehmung von Antisemitismus in unserer Gesellschaft durch Jüdinnen und Juden ist erschreckend. Ich kann das als Minderheitsangehöriger ein wenig nachvollziehen. Wenn viele von uns einmal einen antisemitischen Vorfall sehen, dann ist das eben nur einer. Für die Jüdin oder den Juden ist es vielleicht schon der dritte am Tag oder zumindest einer von mehreren in der Woche. Ein blöder Satz, eine dumme Bemerkung, ein Vorurteil - gar nicht böse gemeint -, aber es prägt die eigene Wahrnehmung der Umwelt.

Vielleicht kann es ja helfen, wenn man sich seines kulturellen Gepäcks bewusst wird, statt antisemitische Haltungen und Gedanken zu leugnen und kleinzureden. Wir dürfen bei der Bekämpfung des Antisemitismus nicht noch einmal versagen. Das sind wir der Verantwortung vor unserer Geschichte, das sind wir den Jüdinnen und Juden in Deutschland und in der Welt und unserer eigenen demokratischen Identität schuldig.

- Volker Beck -

6.

Besonders besorgniserregend empfinde ich im Lichte dieses aktuellen Berichts die Gemütslage

unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens. 83 Prozent der Befragten befürchten, dass der Antisemitismus in den nächsten Jahren etwas oder stark zunehmen wird. Über die Hälfte unserer jüdischen Mitbürger hat die Sorge, in den kommenden zwölf Monaten Opfer versteckter Andeutungen oder direkter verbaler Beleidigung zu werden. Sage und schreibe 37 Prozent unserer jüdischen Mitbürger befürchten, Opfer eines körperlichen Angriffs zu werden. Wir müssen diese Sorgen sehr ernst nehmen. Dieses Klima der Verunsicherung dürfen wir nicht hinnehmen.

- Stephan Mayer -

7.

Überrascht und auch erschreckt hat mich die Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Erfahrungswelten in der Bevölkerung: Die meisten Nichtjuden sehen Judenhass als historisch überwunden an. Sie reagieren mit Verharmlosungstendenzen und Einfühlungsverweigerung und sind sich dessen oft gar nicht bewusst. Für die große Mehrheit unserer jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen ist Antisemitismus hingegen - meine Vorredner haben es schon erwähnt - eine alltägliche Erfahrung. Das betrifft nicht nur den Einzelnen, sondern immer auch seine gesamte Familie.

- Barbara Woltmann -

8.

Es bestehen offensichtlich Probleme bei der öffentlichen Beschäftigung mit dem latenten Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Der öffentliche Umgang mit Antisemitismus ist nicht zufriedenstellend. Es wird möglichst viel geschwiegen; denn wo aufgeklärt wird, da gibt es schnell mal einen schlechten Ruf. Das ist vielleicht einer der Gründe dafür, dass der Antisemitismus, der in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffen ist, so lange ignoriert wurde. Daher bin ich froh, dass es jetzt eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema hier im Plenum des Deutschen Bundestages gibt. Damit machen wir über die Parteigrenzen hinweg klar, dass es mit uns keinen Antisemitismus geben wird und dass wir uns deutlich gegen jede Form von Antisemitismus aussprechen.

- Marian Wendt -"

Auf der Grundlage der Antisemitismusberichte 2011 und 2016 der Bundesrepublik Deutschland, der Erklärungen gegen den Antisemitismus des Deutschen Bundestages vom 26.02.2015 und des Niedersächsischen Landtages vom 02.02.2017:

- Antisemitismus hat in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft keinen Platz -

bittet der Petent die Stadt Laatzen, den Rat der Stadt Laatzen mit seinen Mitgliedern

1.

die anonyme Wegnahme der Gedenksteine von deportierten und ermordeten Juden von einer Totengedenkstätte im Stadtpark Laatzen unmittelbar nach dem Volkstrauertag 2016 als eine antisemitische Handlung zu verurteilen,

2.

der Bewertung von Herrn Schlüter

„Es war eine Verhöhnung der gesamten Veranstaltung, der Tätigkeit des Bürgermeisters und aller, die dort in Andacht Steine niedergelegt haben.“ (Zitat aus HAZ, Leine-Nachrichten vom 08.09.2017, S. 2)

zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen



C. Jelinski

Rechtsanwalt